

SWP — ein Dreimonatskind

Ein Seydewitz-Gefändnis / Arbeiter, der zur KPD!

In einer öffentlichen Versammlung in Plauitz, in der Seydewitz referierte, rechnete unter Genosse Sander mann mit dem Verbrechen der Seydewitz, Rosenfeld und Co. an der revolutionären Einheit des Proletariats ab. Im Schlusswort versuchte Seydewitz, sich herauszuwinden, dabei entfuhr ihm folgendes Geständnis. Er erklärte:

man werde es zunächst ein Vierteljahr mit der neuen Partei probieren. Wenn es sich zeigt, daß es nicht geht, dann werde er selbst den Arbeitern sagen, man müsse einen anderen Weg gehen.

Ein charakteristisches Geständnis! Seydewitz zweifelt selbst an der Existenzberechtigung und Entwicklungsmöglichkeit der von ihm mitgegründeten Splittergruppe. Der Gründer der Partei auf Abbruch will dann, wenn der neu wieder aufgemachte alte USP-Laden nicht klappt, den Arbeitern „einen anderen Weg zeigen“. Gewissenlos ist noch nie mit der revolutionären Einheit des Proletariats gespielt worden, wie von diesen Gründern der Partei Seydewitz und Rosenfeld, die der USP-Rachgeburt selbst nur drei Monate Lebensdauer zumessen. Die ehrlichen SWP-Arbeiter werden sich für diesen Dreimonatsladen und für diesen „Führer“, der nach drei Monaten die Arbeiter wieder in den Schoß der Welspartei zurückzuführen will, bedanken. Sie werden erkennen, daß ihr Platz nur sein kann in der kommunistischen Partei und sie den Weg von Lohrhorst und Dettinghaus gehen müssen.

Rundgebung ausgeschlossener SWPler

Gewaltmethoden der Krzj und Co. Wagner und Fabian als schwankende Gestalten

Dresden, 8. Oktober.

Im Reglerhelm eine Rundgebung der ausgeschlossenen SWP-Jugend statt, die Wagner und Fabian bis her noch Gefolgschaft zehlet. Einige Redner schilderten die Gewaltmethoden der Boykotttruppe gegenüber der Arbeiterjugend, die oppositionellen Jungarbeiter, die im Konsum arbeiten, werden mit Kündigung bedroht, die Wogen heften Arbeitereltern,

deren Söhne und Töchter zur Opposition stehen auf, diese zu verprügeln. Fabian und Wajazjed hechten gegen die kommunistische Partei. Diese Führer erklärten, daß sie noch nicht wissen, ob sich ihre Gruppe der Seydewitzpartei anschließen werde. Sie wollten erst abwarten.

Jungarbeiter der oppositionellen SWP, laßt die schwankenden, wankenden „Führer“ unter sich, folgt dem freitaller Beispiel, reißt sich ein in den kommunistischen Jugendverband.

Massenausritte aus der SWP-Gruppe Striesen

Die Rebellion der SWP-Arbeiter wächst

In einer Mitgliederversammlung der SWP in Striesen sprach der welschtrömig gewordene „Anke“ Edel über den „Kampf um die Demokratie“. Die Diskussion wurde, da ein erheblicher Teil der anwesenden Arbeiter mit Edel nicht einverstanden war, auf 5 Minuten herabgesetzt. Bei der Abstimmung wurde eine Resolution für „einstimmig“ angenommen erklärt, obwohl zehn Arbeiter gegen ihre Annahme gestimmt haben. Empört über diesen frechen Betrug haben diese 10 Arbeiter, vorwiegend alte Kämpfer, ihren Austritt aus der SWP erklärt. Dafür werden sie jetzt von Welschtrömern wie Kiker, Tusch und Grohmann in der gemeinsten Weise beschimpft. Die Empörung unter den oppositionellen SWP-Arbeitern darüber ist groß, und es wird mit weiteren Ausritten gerechnet.

Soweit der Inhalt einer Zuschrift aus Kreisen empörter SWP-Arbeiter. Ihr Jörn über die Gewalt- und Provokationsmethoden der Edel u. Co. und ihr Abscheu über die arbeiterversäuernde Politik der Welspartei darf aber nicht dazu führen, daß sie nun abseits des Kampfes stehen oder sich der Partei auf 3-Monatsprobe, der SWP, anschließen. Sie als alte, erprobte Kampfkämpfer gehören in die KPD. Hier ist ihr Platz, hier werden sie nicht bespuckt von Wogen wie in der SWP; hier werden sie als ehrliche Mitstreiter begrüßt. Schulter an Schulter mit ihren kommunistischen Kampfgenossen für die Bewirklichung der Ziele zu kämpfen, die ihnen in der Vorkriegszeit Belob und Liebsteht gezeigt haben.

Kampfgruß an die SWP

Telegramm des ZA der KPD zum 10-Jahres-Kongress An das Exekutivkomitee der SWP.

(s. S. des Gen. Willi Münzenberg)

Der auf den Ruf Lenins geschaffenen ZNS (siehe das Zentralkomitee der kommunistischen Partei zu ihrem 10-Jahres-Kongress) heißt die brüderliche Kampfesgrüße. Entstehen, Wirkung und Aufstieg der ZNS sind unabwehrbar verbunden mit dem Kampf gegen das Kapital, sowie dem Aufstieg der Sowjetunion, wie dem revolutionären Klassenkampf der Arbeiter aller Länder. Wir sind gewiß, daß auch in Zukunft, an der Seite der für Arbeit, unter Führung der Komintern die ZNS ihre Pflicht als Verkörperung der Solidarität erfüllen wird.

ZA der KPD.

Bogromheke der SWP-Blätter

Zu den Vorgängen in Freital

Aus Anlaß einer Reichsbannerversammlung, bei der der SWP-Führern Schlägereien provoziert wurden, ist es in den letzten Tagen in Freital zu Prügeleien zwischen Reichsbannerarbeitern und anderen Arbeitern gekommen. Die kommunistische Partei hat mit diesen Vorgängen nichts zu tun. Sie mißbilligt Prügeleien zwischen Klassenbewußten Arbeitern aus schärfster. Insbesondere an solchen provozierten Prügeleien haben ausschließlich die Führer des Reichsbanners und die Redakteure der SWP-Blätter die Dresdner und die Freitaler Volkszeitung benutzten die Vorgänge, um eine widerliche Bogromheke gegen die KPD und kommunistische Arbeiter, die als „Gefährlich“ beschimpft werden, zu entfalten in der Absicht, dadurch die sich bildende Einheitsfront zwischen SWP- und KPD-Arbeitern zu verhindern. Wir kommen auf die Vorgänge noch zurück.

KPD-Gelbsthilfeprogramm

Anträge der kommunistischen Reichstagsfraktion

Berlin, 9. Oktober. (Eig. Meldung.)

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat außer dem Antrag auf Aufhebung der Notverordnung noch eine ganze Reihe von Anträgen eingebracht, deren Behandlung für am Montag in der Sitzung des Reichstagsausschusses verlangt wird. U. a. wird in den Anträgen gefordert:

- Aufhebung aller Demonstrosationsverbote und Verbots der kommunistischen Zeitungen;
- Winterhilfsmassnahmen für Erwerbslose;
- Vollen Lohn bei Kurzarbeit;
- Einstellung sämtlicher Zahlungen an Fürsten und Standesherren, Kirchen und religiöse Gemeinschaften;
- Ausweitung der Fürsten und Reichsagnahme ihres Vermögens;
- Aufhebung der Lebensmittelzölle und Pflichtpensionsgrenze von 5000 Mark.

„Unser täglich Brot“

wird wieder verteuert!

Der Zweverband der Bäckermeister, Berlin, hat beschlossen, den Brotpreis ab Donnerstag, 8. Oktober, auf 50 Pfennig zu erhöhen, obwohl die Berliner Mühlen sich bereit erklärt haben, den Roggenmehlpreis auf der alten Höhe zu lassen.

Auch in Sachen ist nach der Brotpreiserhöhung in Leipzig eine allgemeine Erhöhung der Brot- und Fleischpreise geplant.

Am Tage der Verkündung der neuen Notverordnung erneute Erhöhung des Brotpreises. Das wird ein Signal für alle Städte sein.

Wer organisiert Unruhen? Leute, die mit streupellosem Ignorismus die „Not des Vaterlandes“ zu ihrer eigenen Bereicherung ausnützen.

Und die Sondergerichte? Sie sind nicht gegen Wucherer und Schieber eingesetzt. Aber wenn der Hungernde sich wehrt aus nattem Selbsterhaltungstrieb, dann ins Zuchthaus mit ihm!

6 Prozent Lohnabbau an den Metallern

Schiedspruch in Hagen-Schwelm

Hagen, 9. Oktober. Der in dem Tarifstreit in der Metallindustrie Hagen-Schwelm eingeleitete Schlichtungsausschuss fällt am Donnerstag folgenden Schiedspruch:

Der Lohnstarif vom 22. Januar 1931 wird vom 7. Oktober 1931 an mit der Maßgabe wieder in Kraft gesetzt, daß die Löhne um 6 vom Hundert herabgesetzt werden.

Die Metallarbeiter Hagens unter Führung ihres Gewerkschaftsvorsitzenden Genossen Dettinghaus haben beschlossen, den Lohnraub durch Streik zu beantworten.

Ausnahmezustand gegen Werkstätige

Neue einschneidende soziale Verschlechterungen aus dem Inhalt der neuen Notverordnung

Der Inhalt der neuen Notverordnung ist noch viel ungeheurer, als man nach den Vorankündigungen entnehmen konnte. Besonders sind es die beispiellosen politischen Maßregeln, die einen wirklichen verschärften Ausnahmezustand gegen das werktätige Volk schaffen.

Die Bestimmungen gegen die kommunistische Presse sind ungeheuer verschärft worden. Wenn den bisherigen Bestimmungen einer verbotenen Tageszeitung eine andere, nicht verbotene Tageszeitung zugestellt wird, kann diese Tageszeitung auch verboten werden. Schon hat sich gezeigt, daß man diese Bestimmungen gegen die kommunistischen Zeitungen generell anwenden will.

Um die Verbreitung illegaler Druckschriften zu verhindern, werden die für ihre Verfassung und Verbreitung oder Herausgabe bisher üblichen Festsetzungen von nun an in Gefängnisstrafen verwandelt.

Die Spionage wird durch die neue Notverordnung geradezu zur Pflicht gemacht. Jeder, der von dem Vorhandensein illegaler Druckschriften unterrichtet ist, wird verpflichtet, „unverzüglich der Polizeibehörde Anzeige zu erstatten. . . Wer es unterläßt, die Anzeige oder Ablieferung (der Druckschriften) rechtzeitig zu bewirken, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft“. Nur Verwandte brauchen sich nicht gegenseitig zu denunzieren.

Wurde bisher die sogenannte hochverräterische Betätigung mit hohen Festsetzungen belegt, so genügt auch das der Regierung nicht mehr. Ausdrücklich läßt sie durch die Notverordnung in das Strafgesetzbuch, das bisher Festsetzungen bis zu drei Jahren vorsah, die Worte einfügen: „oder Gefängnis von einem bis zu drei Jahren“.

Der Ministerialdirigent Hentschel erklärte dazu im Rundfunk ausdrücklich, daß die bisher verhängte Festsetzungsstrafe für die Kommunisten ein zu wenig scharfer Strafvollzug gewesen sei. Zunächst behauptete er, daß die kommunistischen Redakteure die Festsetzungsstrafe als eine angenehme Unterbrechung ihrer Berufstätigkeit empfunden hätten.

In der Notverordnung wird ferner bestimmt, daß die Reichsregierung die Vollmacht hat, die Ausgaben und Leistungen der Sozialversicherungen von sich aus festzusetzen. Das ist die Handhabe zu schrankenlosen Herabsetzungen aller sozialen Unterstützungen, wie sie von den Unternehmerverbänden gefordert werden. Gerade im Hinblick auf diese Bestimmungen muß allen Werkstätigen zugestanden werden, daß es die SWP-Führer sind, die der Brüning-Regierung die Möglichkeit gaben, solche Bestimmungen zu erlassen.

Weiter ordnet die Regierung an, daß bei der Brotherstellung von nun an bis zu 5 Prozent Kartoffelmehl verwendet werden kann.

Das ist nur ein Teil der Bestimmungen der Notverordnung, welche Auswirkungen eine Reihe anderer Bestimmungen, wie z. B. die Herabsetzung der Gehälter für die Angestellten und unteren Beamten, über die Umschulung der Gemeinden bei gleichzeitig weiterer Beschränkung der Selbständigkeit, die Maßnahmen für das Sparkassenwesen usw. bringen werden, ist noch nicht abzusehen.

Diese Notverordnung ist nur eine Etappe. Die Presse der Großkapitalisten kritisiert insbesondere, daß die vollständige Aufhebung des Tarifrechts und die allgemeine Prozentige Senkung der Löhne und Gehälter noch nicht angeordnet ist. Die Unternehmerverbände werden versuchen, bei den Arbeitsgemeinschaftsverbandlungen und bei den jetzt zahllos dazugekommenen Lohn-tarifständlungen ihr Ziel zu erreichen. Die Arbeiterkassen, das werktätige Volk, wird aber unter Führung der kommunistischen Partei und der KPD den Kampf um Arbeit und Brot mit verbleiblicher Energie und gesteigertem Elan fortsetzen.

Stalinen in Deutschland

In der Abendausgabe des Berliner Tageblatt vom 8. Oktober schreibt Dr. Wolfgang Verthöls über die Notverordnung u. a. folgendes:

„Wer heute behauptet, das deutsche Pressenotverordnungs-gesetz unterscheidet sich nicht wesentlich von dem Presse-gesetz des tschechischen Staates, wird zur Antwort er-

halten, das könne nicht wahr sein, denn in Italien dürfe man nur tschechisch schreiben, in Deutschland dagegen gäbe es noch Blätter der verschiedensten politischen Richtungen. Dieser Einwand ist richtig, soweit es sich um die bisherige Handhabung der Notverordnungen, nämlich, soweit es sich um das Prinzip handelt, Theoretisch genügen die Bestimmungen, deren Tragweite bisher nur in einzelnen, besonders trostlos Fällen erkennbar wurde, voll auf, um der Presse Deutschlands das Schicksal der italienischen Presse zu bereiten.“

Werkstätige Frauen!

Heraus zum mitteldeutschen Länderkongress am 10. und 11. Oktober in Leipzig

Leipzig-Böhlitz-Chrenberg im Ritterhofschloßchen.

Dettinghaus in Zwidau

Zwidau, 9. Okt. (Eig. Bericht)

Die gestern abend in Zwidau stattgefundenen Massenfundgebungen, auf denen der Genosse Dettinghaus sprach, waren ein überwältigendes Massenbekenntnis für die rote Einheitsfront. Die Dettinghaus-Versammlungen waren die größten Kundgebungen, die Zwidau je gesehen hat. Viele sozialdemokratische Arbeiter hören ihrem ehemaligen Parteigenossen, der den Weg zur einzigen marxistischen Partei gefunden hat, mit Begeisterung zu.

In diesen von glänzendem Kampfeifer erfüllten Kundgebungen traten 37 Arbeiter in die kommunistische Partei ein, darunter drei SWP-Genossen und zwei Reichsbannerkameraden.

Massenübertritte von SWP zur KPD!

Gewaltige Einheitsfrontversammlung / Edert und 31 SWP-Arbeiter kommen zur KPD

Mannheim, 8. Oktober. (Eig. Bericht.)

Gestern abend veranstaltete das Einheitsfrontkomitee der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter Mannheims eine Versammlung, in der Fritz Edert über das Thema „Wie einigen wir die Arbeiterklasse?“ sprach. Die Versammlung wurde zu einem ungeheuren Erfolg der roten Einheitsfront. 7000 Versammlungsteilnehmer folgten den Ausführungen Ederts mit gespannter Aufmerksamkeit und unterbrachen seine Rede immer wieder durch lauten Beifall. Während der Kundgebung erklärten 60 Arbeiter ihren Eintritt in die kommunistische Partei, darunter befanden sich 31 Arbeiter, die bis zum gestrigen Tage in der SWP organisiert waren.

Die Versammlung wurde eröffnet von dem Mitglied des Bezirksvorstandes der Sozialdemokratischen Partei, Paul Haber. Nach ihm ergriß Fritz Edert das Wort zu einem großen Referat. Einleitend schilderte Edert die Beweggründe, die ihn dazu veranlassen, die Sozialdemokratische Partei, der er zwanzig Jahre seine Kräfte widmete, zu verlassen und sich der kommunistischen Partei anzuschließen.

„Die Sozialdemokratische Partei“, so führte er aus, „ist keine revolutionäre Partei mehr. Sie ist zu einem Stillehalten, zur festesten Stütze der Brüning-Regierung geworden. Die SWP trägt die Verantwortung dafür, wenn nach dem offensichtlichen Zusammenbruch ihrer Koalitions- und Tolerierungspolitik die nationalsozialistische Front die Arbeiterkassen in der brutalsten Form zu unterdrücken versucht.“

Gegen die Gründung der „Sozialistischen Arbeiterpartei“ durch Seydewitz und Rosenfeld wandte sich Edert in den schärfsten Worten. Edert erklärte weiter:

„Ich bin der KPD nicht als Partner, sondern als revolutionärer Marxist beigetreten, um in ihr für die Befreiung der Arbeiterklasse zu kämpfen.“

Edert schloß seine große Rede mit einem Appell an alle sozialdemokratischen Arbeiter, den Großen der Parteileute und der Berachtung zu überspringen und zur kommunistischen Partei, der einzigen Partei des revolutionären Klassenkampfes, zu kommen.

Nach Edert sprach der sozialdemokratische Funktionär und Obmann des Eisenbahnerauschusses und Führer einer Reichsbannerkameradschaft, Jakob Schäfer, der von seinen Kollegen als Auslanddelegierter gewählt wurde. Schäfer, der als Delegierter bei der Gründungskonferenz der Seydewitzpartei am 27. März 1931 war, gab einen Bericht, der deutlich die Enttäuschung eines ehrlichen Arbeiters über die verräterische und verbrochenen Sozialpolitik von Rosenfeld und Seydewitz zum Ausdruck brachte. Auch Schäfer erklärte, daß er den Weg Ederts gehen und sich der kommunistischen Partei anschließen werde.

Nach Schäfer sprach ein Mitglied der Sozialistischen Arbeiterjugend, das ebenfalls seinen Übertritt zum kommunistischen Jugendverband erklärte. Darauf erklärte auch Genosse Schäfer seinen Übertritt zur kommunistischen Partei.